

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Britta Katharina Dassler, Stephan Thomae,  
Reginald Hanke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/25245 –**

### **Erhalt der Breitensportlandschaft in Pandemiezeiten**

#### **A. Problem**

Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19-Infektionen haben weitreichende Auswirkungen auf den Breitensport in Deutschland und bedeuten in großen Teilen die Einstellung von Sportangeboten. Die Sportvereine beklagen deutlich zunehmende Zahlen bei Mitgliedsaustritten, es besteht die Gefahr einer Erosion der Basis des Breitensports. Ausfälle von Mitgliedsbeiträgen stellen immer mehr Vereine vor Finanzierungsprobleme. Ein offener Diskurs ist notwendig, um über die Unterstützung des Breitensports in und nach der Corona-Pandemie, eine notwendige langfristige Strategie zur Sicherung des Breitensports und Möglichkeiten einer bedarfsgerechten und zeitnahen Förderung aufzuzeigen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/25245 abzulehnen.

Berlin, den 14. April 2021

**Der Sportausschuss**

**Dagmar Freitag**  
Vorsitzende

**Eberhard Gienger**  
Berichterstatter

**Mahmut Özdemir (Duisburg)**  
Berichterstatter

**Jörn König**  
Berichterstatter

**Britta Katharina Dassler**  
Berichterstatterin

**Dr. André Hahn**  
Berichterstatter

**Monika Lazar**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Eberhard Gienger, Mahmut Özdemir (Duisburg), Jörn König, Britta Katharina Dassler, Dr. André Hahn und Monika Lazar**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf der **Drucksache 19/25245** in seiner 202. Sitzung am 17. Dezember 2020 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die den Antrag tragende Fraktion der FDP fordert mit dem Antrag auf der Drucksache 19/25245 den Deutschen Bundestag auf, festzustellen:

Die Bundesregierung und die Landesregierungen haben am 28. Oktober 2020 erneut Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19-Infektionen erlassen, welche weitreichende Auswirkungen auf den Breitensport in Deutschland haben und in großen Teilen die Einstellung von Sportangeboten bedeuten. Im direkten Zusammenhang beklagen die Sportvereine deutlich zunehmende Zahlen bei Mitgliedsaustritten, die die generelle Herausforderung des fortschreitenden Wandels von Erwartungshaltungen und Engagementbereitschaft von Mitgliedern in Breitensportvereinen verschärfen. Es besteht die Gefahr der Erosion der Basis des Breitensports, denn die Mitglieder mit ihrem Engagement und ihren Mitgliedsbeiträgen sind das Fundament für die Verbandsarbeit. Mit dem Ausfall von Mitgliedsbeiträgen fehlen den Vereinen auch ihre größten Einnahmequellen und somit stehen immer mehr Vereine vor grundlegenden Finanzierungsproblemen, deren Auswirkungen auch weit über das Ende der Pandemie hinaus spürbar sein werden. Daher ist es notwendig, neben der aktuellen Diskussion einzelner Maßnahmen zum Pandemieschutz und der Betonung der Notwendigkeit einer regelmäßigen Überprüfung der verhängten Einschränkungen, die strukturellen Auswirkungen von Lockdown-Maßnahmen auf den Sport frühzeitig zu betrachten und strategisch darauf zu reagieren. Hierbei kann allein mit den aktuell verfügbaren Sonderhilfen das Ziel einer nachhaltigen Sicherung der Breitensportlandschaft in Deutschland noch nicht erreicht werden. Diese Sonderhilfen greifen nur kurzfristig bei offensichtlichen Existenzgefährdungen (Insolvenzen), die derzeit bei vielen Breitensportvereinen noch nicht gegeben sind, auf die sie aber langfristig ohne Hilfen zusteuern. Die Krupp-Stiftung stellt in dem kürzlich veröffentlichten vierten Kinder- und Jugendsportbericht fest, dass mehr als 80 % der Kinder und Jugendlichen in Deutschland den von der Weltgesundheitsorganisation geforderten Mindestumfang von 60 Minuten Bewegungszeit pro Tag nicht mehr erreichen. Dieser Bewegungsmangel wirkt sich negativ auf die physische, psychische und soziale Entwicklung der Kinder aus, aber auch der Bewegungsmangel bei Erwachsenen nimmt stark zu und verdeutlicht die Handlungsnotwendigkeit zum Erhalt einer leistungsfähigen Breitensportlandschaft im Interesse einer gesamtgesellschaftlichen Gesundheitsförderung. Es bedarf folglich eines neuerlichen, offenen Diskurses über die Unterstützung von Breitensportvereinen in und nach der Corona-Pandemie. Die notwendige langfristige Strategie zur Sicherung des Breitensports muss die strukturellen Bedarfe der Vereine beschreiben und Möglichkeiten einer bedarfsgerechten und zeitnahen Förderung aufzeigen.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. dass zeitnah Planungen, bspw. im Rahmen einer außerordentlichen Sportministerkonferenz, aufgenommen werden, wie pandemiebedingte Schäden durch das verlorene Sportjahr aufgefangen und Unterstützungsmaßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen für den Breitensport ausgestaltet werden können, um strukturelle Verwerfungen zu verhindern und die Breite des Sportangebots zu erhalten. Hierzu sollen vorrangig zum Teil bestehende Landes- und Kommunalmaßnahmen gemeinsam fortentwickelt werden, indem u. a.
  - a) geprüft wird, wie Leistungsvereinbarungen, Zuschüsse und Zuwendungen auch an die Breitensportvereine weiter ausgezahlt werden können, wenn Förderungsbedingungen aufgrund Pandemiebeschränkungen nicht durch die Vereine erfüllt werden;

- b) digitale Angebote der Vereine ausgebaut und verstärkt gefördert werden, ggf. zunächst im Rahmen von Pilotprojekten in den einzelnen Ländern;
  - c) eSport als kontaktlose Form des Sporttreibens besondere Beachtung und Förderung in und nach der Pandemie erhält;
  - d) die bereits erarbeitete und abgestimmte Anhebung der Übungsleiterpauschalen zeitnah bundesweit umgesetzt wird;
  - e) in Kommunen angeregt wird, als verantwortungsvolle Vermieter auf Mietzahlungen bei kommunalen Sportanlagen zu verzichten, wenn diese aufgrund von Infektionsschutzmaßnahmen geschlossen sind;
  - f) pandemiebedingte Auswirkungen auf Sportinfrastrukturen frühzeitig erkannt und wo möglich im „Goldenen Plan-Sportstättenanierung“ berücksichtigt werden;
  - g) die erarbeiteten Maßnahmen noch dieses Jahr greifen und auf langfristige Wirkung ausgelegt sind, um die Sportvereine wieder auf den Stand ihrer Arbeit vor der Pandemie zu bringen;
2. dass zeitnah klar umrissene Forschungsaufträge zur Identifikation von COVID19-Infektionsketten im Sport beauftragt werden, um belastbare Erkenntnisse zu Ansteckungsrisiken zu erhalten und ein Mehr an verantwortungsvoller Offenhaltung von Sportangeboten bei weiteren Infektionswellen auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse zu ermöglichen;
  3. dass die Einschränkungen körperlicher Betätigungen von Kindern und Jugendlichen reduziert werden durch:
    - a) Forcierung zusätzlicher verantwortbarer Bewegungsangebote in Kitas und Schulen im Rahmen bestehender Programme oder Personalkapazitäten in Schulen und kommunaler Jugendpflege;
    - b) Erarbeitung von infektionsschutzgerechten Bewegungskonzepten für Kinder und Jugendliche im Freizeitsport;
    - c) besondere Förderung von Kinder- und Jugendangeboten im Breitensport, um nach einer Wiedereröffnung der Sportvereinsarbeit Bewegungsdefizite auszugleichen;
  4. zu prüfen, wie Sportbeschränkungen verstärkter differenziert betrachtet (sportliche Betätigungen in Hallen versus in Grünanlagen/Wäldern) und somit eine verantwortbare Wiedereröffnung von einzelnen Freizeitsportarten ermöglicht werden können, wozu auch ein verantwortbarer Ausbau von Angeboten in Kleingruppen gehört.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/25245 in seiner 151. Sitzung am 14. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 19/25245 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Sportausschuss hat den Antrag auf Drucksache 19/25245 in seiner 70. Sitzung am 14. April 2021 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass der Antrag der FDP-Fraktion im Grundsatz die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bundesregierung und Bundesländern bei der Sportförderung verkenne. Hiernach seien die Bundesländer für die Unterstützung des Breitensports verantwortlich, der Bund hingegen sei für die Förderung des Spitzensports zuständig. In einigen Punkten sei der Antrag der FDP-Fraktion zudem inhaltlich überholt. Deshalb lehne die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Antrag ab. Die Bundesregierung habe in zahlreichen Sitzungen des Sportausschusses über die diversen Hilfsprogramme und Maßnahmen der einzelnen Bundesressorts berichtet, um den organisierten Sport in der Corona-Pandemie bestmöglich zu begleiten. In diesem Kontext sei beispielsweise

das mit insgesamt 400 Mio. Euro ausgestattete BMI-Programm „Coronahilfen-Profisport“ (2020/2021) zu nennen. Zudem hätten die Bundesländer in mehreren Sitzungen des Sportausschusses über die einzelnen, breitensportbezogenen Maßnahmen der Länder informiert. Die geforderte Anhebung der Übungsleiter- und Ehrenamts-pauschale sei längst im Jahressteuergesetz umgesetzt worden. Mit dem „Investitionspakt Sport“ (150 Mio. Euro) und dem BMI-Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ (insgesamt 600 Mio. Euro) engagiere sich der Bund zudem bei Förderung einer modernen Sportstätteninfrastruktur. Darüber hinaus stünden im Rahmen des ersten Programmteils des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (sog. Infrastrukturprogramm) Finanzhilfen des Bundes für Investitionen finanzschwacher Kommunen zur Verfügung. Diese Mittel könnten in dem im Gesetz geregelten Rahmen auch für die (energetische) Sanierung kommunaler Sportstätten, sowie Investitionen im Bereich kommunaler Spielplätze und Parkanlagen genutzt werden. Das Infrastrukturprogramm umfasse ein Volumen von 3,5 Mrd. Euro und laufe seit Mitte des Jahres 2015 bis zum Ende des Jahres 2020. Ebenfalls mit 3,5 Mrd. Euro unterstütze der Bund gezielt kommunale Investitionen zur Sanierung, zum Umbau und zur Erweiterung von Schulgebäuden. Dies umfasse z. B. schulische Turnhallen, die zuweilen auch außerhalb des regulären Schulbetriebs genutzt würden. Der Förderzeitraum des Schulsanierungsprogramms Ende 2022.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass sie ebenfalls maßgeblich am Erhalt der bundesweiten Breitensportlandschaft interessiert sei. Aus diesem Grund fordere sie seit langem eine Sport-Allianz „Mit Schwung und Bewegung raus aus der Pandemie“. Sport und Bewegung seien für die Gesellschaft unverzichtbar. Deswegen halte sie eine gemeinsame Initiative von Bundesgesundheitsministerium, Bundesinnenministerium und dem organisierten Sport für geboten, um die Menschen zum Wiedereintritt in die Vereine zu ermutigen. Nur so könne man die finanziellen Folgen und den Mitgliederschwund der Vereine in Pandemiezeiten auffangen. Ein Förderprogramm mit Angeboten von Prävention angefangen bei den Jüngsten über Reha-Sport bis hin zum Seniorensport wäre ein Weg, um eine Allianz von Sportvereinen und Gesundheitsvorsorge zu schmieden, die bei sinkenden Inzidenzzahlen die negativen Gesundheitsfolgen der verordneten Bewegungslosigkeit auf Menschen aller Altersgruppen, gerade aber auch für Kinder und Jugendliche, abmildern könne. In ihrem offenen Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hätten Aerosolforscher darauf hingewiesen, dass Ansteckungen fast ausnahmslos in Innenräumen stattfänden und Aktivitäten im Freien keinen nennenswerten Einfluss auf das Infektionsgeschehen haben. Die SPD-Fraktion begrüße diese Feststellung und fordere, Kindern und Jugendlichen sofort wieder die Ausübung von Vereinssport im Freien zu ermöglichen. So könne Gesundheitsprävention betrieben und der zunehmenden Pandemiemüdigkeit entgegengewirkt werden. Die Förderung von E-Sport sei hingegen nur da sinnvoll, wo er die allgemeinen Kriterien für Sport (Fairplay, Toleranz, Förderung des sozialen Miteinanders) erfülle. Das könne allerdings nur für einen kleinen Teil des E-Sports gelten, weshalb man dem Antrag der Fraktion der FDP nicht zustimme.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, sie unterstütze den Antrag der Fraktion der FDP im Wesentlichen, zumal die AfD-Fraktion bereits vor einem Jahr einen Antrag mit ähnlichem Inhalt gestellt und das Grundanliegen des FDP-Antrags in den vergangenen Monaten auch selbst immer wieder formuliert und vorgetragen habe. Die Forderungen nach stärkerer Unterstützung des Sports in Zeiten von Corona, vor allem auch des Breitensports und der Sportvereine, von denen viele um ihre Existenz kämpften, sei auch von der Fraktion der AfD (mit der Einschränkung der unterschiedlichen Ansichten zur Rolle des sogenannten E-Sports/E-Gaming) immer wieder zum Thema gemacht worden, das endlich ernsthaft angegangen und schnellstens einer Lösung zugeführt werden müsse.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dass die Corona-Sonderhilfen der Bundesregierung nicht bei den Breitensportvereinen griffen, welche auf die Mittel der jeweiligen Länder angewiesen seien. Den Vereinen sei dabei umgehend Unterstützung zuzusichern, da die Länderhilfen vielerorts nicht ausreichend seien, um die finanzielle Notlage der Breitensportvereine zu decken. Dabei müssten vor allem die Ziele zur langfristigen Erhaltung der Strukturen des Breitensports im Auge behalten werden. Des Weiteren könnten dadurch auch die durch die Pandemie ausgelösten Negativfolgen durch Bewegungsdefizite bei Kindern und Jugendlichen aufgefangen werden. Der Antrag schaffe nach Meinung der FDP-Bundestagsfraktion daher die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft des deutschen Sports.

Die **Fraktion DIE LINKE**. betonte, sie teile die Sorge hinsichtlich der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Breitensport und habe das auch schon in vielfältigen parlamentarischen Initiativen deutlich gemacht. Ein großer Teil der Forderungen decke sich mit Forderungen der Fraktion DIE LINKE. bzw. werde von ihr unterstützt. Einige Punkte sehe sie dagegen eher skeptisch bzw. lehne sie ab. Dazu gehöre die Nummer 1 Buchstabe c, in dem die Anerkennung von eSport als Sport und dessen Förderung gefordert werde. Andere Aspekte, die aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. bei der Thematik beachtet werden sollten, fehlten dafür bei der Fraktion der FDP. Das

betreffe insbesondere die soziale Dimension der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Breitensport. Bereits vor Corona habe es deutliche Unterschiede hinsichtlich der Teilhabemöglichkeiten am Sport in Abhängigkeit vom sozialen Status und den finanziellen Möglichkeiten gegeben. Diese Problematik habe sich durch die Corona-Pandemie, vor allem bei Kinder und Jugendlichen, weiter verschärft. Deshalb werde sich die Fraktion DIE LINKE. bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stimmte dem Antrag zu. Es handele sich um überwiegend appellative Forderungen. Man vermisse weiterhin eine klare Position des Bundesinnenministers, für den offensichtlich in der aktuellen Pandemiesituation der Breitensport nur eine Nebenrolle spiele. Zwar stimme man von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mit allen Antragsforderungen überein, aber es komme auch auf ein politisches Zeichen des gemeinsamen Handelns an. Die Bevölkerung in Deutschland nehme das derzeitige Ungleichgewicht sehr genau wahr, dass es bundesseitig sehr große Unterstützung für Profisport und Teamsportligen gebe, aber die vereinsgebundene Sportausübung von Millionen Menschen leider weitgehend still stehe.

Der **Sportausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 19/25245 abzulehnen.

Berlin, den 14. April 2021

**Eberhard Gienger**  
Berichterstatte

**Mahmut Özdemir (Duisburg)**  
Berichterstatte

**Jörn König**  
Berichterstatte

**Britta Katharina Dassler**  
Berichterstatte

**Dr. André Hahn**  
Berichterstatte

**Monika Lazar**  
Berichterstatte



